
Francia. Forschungen zur westeuropäischen Geschichte
Herausgegeben vom Deutschen Historischen Institut Paris
(Institut historique allemand)
Band 23/3 (1996)

DOI: 10.11588/fr.1996.3.60412

Rechtshinweis

Bitte beachten Sie, dass das Digitalisat urheberrechtlich geschützt ist. Erlaubt ist aber das Lesen, das Ausdrucken des Textes, das Herunterladen, das Speichern der Daten auf einem eigenen Datenträger soweit die vorgenannten Handlungen ausschließlich zu privaten und nicht-kommerziellen Zwecken erfolgen. Eine darüber hinausgehende unerlaubte Verwendung, Reproduktion oder Weitergabe einzelner Inhalte oder Bilder können sowohl zivil- als auch strafrechtlich verfolgt werden.

heraus König und Volk, Ministerkollegen, Parteien und europäische Mächte dirigiert und zu Opfern seines »unersättlichen Dominanzstrebens« werden läßt und erst im Alter die Herrschaft über sein Werk verliert. Das Wiederaufleben dieses Klischees ist um so bedauerlicher, als in den die Rezeptionsgeschichte beschreibenden Schlußkapiteln – beispielsweise unter Bezugnahme auf die Forschungen von Jacques Droz – eine wesentlich differenziertere Sicht geboten wird. Sie bleibt dort aber isoliert, wird oft zusammenhanglos referiert oder zitiert und wirkt nicht als Korrektiv für die vorhergehende Darstellung der Ereignisse.

Ezrans Werk beeindruckt durch seine offenkundige Faszination von der Persönlichkeit und verdient Beachtung auf Grund seiner zutreffenden Würdigung des politischen Geschicks dieses Kanzlers und der im großen und ganzen korrekten Wiedergabe der Fakten. Doch hinsichtlich der Interpretation Bismarcks und seiner Schöpfung sowie seiner Einordnung in die deutsche Geschichte bleibt das Buch hinter dem zurück, was auch von einer populärwissenschaftlichen Darstellung an Nuanciertheit und Differenzierung erwartet werden muß.

Andreas KAERNBACH, Bonn

James L. RICHARDSON, *Crisis Diplomacy. The Great Powers since the mid-nineteenth Century*, Cambridge (Cambridge University Press) 1994, X–426 S.

In vergleichender Perspektive untersucht James L. Richardson neun internationale Krisen der Weltgeschichte im Verlauf des 19. und 20. Jh., die unterschiedlich ausgegangen sind. Gefragt wird nach den Bedingungen, die dazu geführt haben, daß am Ende der einen Krise der Frieden und am Ende der anderen der Krieg stand.

Betrachtet werden, bevorzugt in systematischer, nicht in chronologischer Abfolge, die Orientalische Krise der Jahre 1839/40, die Krimkriegskrise 1853/54, die russisch-japanische Krise 1903/04, die Sudetenkrise 1938, die französisch-preußische Krise 1870, die Zweite Marokkokrise 1911, die Pearl Harbor vorangehende Krise zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Japan 1940/41 und die beiden Berlinkrisen 1947/48 und 1958/62.

Nach der typisierenden Einschätzung des Autors handelt es sich dabei 1. um Krisen, bei denen der Kriegsausbruch von vornherein wahrscheinlich war und es auch tatsächlich zum militärischen Konflikt gekommen ist (1870; 1941); 2. um Krisen, bei denen der *casus belli* nicht von Anfang an für bevorstehend gehalten wurde, sich aber dennoch einstellte (1853/54; 1903/04); 3. um Krisen, die zwar friedlich gelöst wurden, jedoch ernster verliefen, als es ursprünglich für möglich gehalten wurde (1839/40; 1911; 1938); und 4. um Krisen, bei denen die friedliche Lösung von Beginn an als relativ sicher galt und demgemäß auch erreicht wurde (1947/48; 1958/62).

Zu diesen Ergebnissen gelangt der Verfasser, indem er die relevanten Elemente der von ihm ausgewählten Beispiele analysiert: das internationale System der Zeit, die Ziele der beteiligten Staaten, deren Wahrnehmungen und Fehleinschätzungen der Zusammenhänge, die Verhandlungsmöglichkeiten über das Strittige und die jeweils verbindlichen innenpolitischen Voraussetzungen der staatlichen Akteure.

Weder die vom Autor verwerteten Erklärungsversuche der »neorealistischen« Schule um Kenneth Waltz, Glenn Snyder und Paul Diesing noch die Überlegungen der von Richardson, vielleicht etwas mißverständlich, so genannten »historischen Soziologie« um Paul Schroeder, Gordon Craig und Alexander George vermögen eine allgemeine Antwort auf die zentrale Frage der Darstellung zu liefern: »under what conditions do crises lead to war, and when are they resolved peacefully?« (S. 344). Nichtsdestoweniger sind die Erträge und Beobachtungen aufschlußreich, die Richardsons systematische Auseinandersetzung mit der Krisen-diplomatie der Großmächte im 19. und 20. Jh. vermittelt. Ihr Befund, der die theoretische Beschäftigung mit den internationalen Beziehungen zu legitimieren geeignet ist, aber lautet

ebenso realistisch wie hoffnungsvoll: »Crises will remain dangerous, and war may sometimes be chosen deliberately and clear-sightedly, but unnecessary wars and unnecessarily dangerous crises, will become less likely« (S. 369).

Klaus HILDEBRAND, Bonn

Christopher HILL, Pamela BESHOPF (Hg.), *Two Worlds of International Relations. Academics, practitioners and the trade in ideas*, London (Routledge) 1994, XIII–233 S.

Die Beschäftigung mit außenpolitischen Fragen war im 19. Jh. eine Angelegenheit für einen kleinen Kreis von Ausgewählten. Dies galt erst recht für die Arbeitsweise der Kanzleien und Ministerien, in denen eine Handvoll von Politikern, Diplomaten und Beamten über das Schicksal von Millionen entschieden. Eine der zahlreichen Ursachen für die europäische »Ur-Katastrophe« des Ersten Weltkrieges schien demzufolge das Versagen der Geheimdiplomatie gewesen zu sein. Wilsons Forderung nach einer »open diplomacy« sollte daher auch ein neues Verhältnis zwischen Politik und Wissenschaft begründen, war doch nicht zuletzt den Akademikern die Aufgabe zgedacht, den Politikern künftig mit ihrem Expertenwissen den Weg zu einer der Vernunft verpflichteten Gestaltung der internationalen Staatenbeziehungen zu ebneten. Historiker berieten die britische Delegation in Versailles, die Disziplin der Wissenschaft von den Internationalen Beziehungen konnte sich in der angelsächsischen Welt an den Universitäten fest etablieren. Die Unzulänglichkeiten des Versailler Vertrags und das Vordringen der totalitären Ideologien des 20. Jh. zerstörten allerdings schon rasch die Hoffnungen auf die Errichtung einer gerechteren Weltordnung. »Theorie« und »Praxis« der Internationalen Beziehungen ließen sich nur selten in Übereinstimmung bringen, Ideal und Realität klafften weit auseinander. Daher kann es nicht überraschen, daß am Ende des Jahrhunderts Akademiker und »Praktiker« die Möglichkeiten einer direkten fruchtbaren gegenseitigen Beeinflussung eher mit Skepsis und Nüchternheit betrachten. Diesen Eindruck vermittelt jedenfalls eine Veranstaltungsreihe, zu der die London School of Economics 1987/88 namhafte Wissenschaftler und Politiker eingeladen hatte und deren Beiträge nun publiziert vorliegen.

Gewinnbringend im Sinne der Fragestellung sind vor allem die Beiträge von Autoren, die über Erfahrungen im akademischen *und* politischen Bereich verfügen (J. CABLE) oder in leitender Funktion in wissenschaftlichen Institutionen mitwirkten, denen als sog. »Think-tanks« eine Mittlerfunktion zwischen den »two worlds of international relations« zufällt (W. WALLACE). Ein für beide Seiten vorteilhafter Dialog kann offenbar nur zustande kommen, wenn bestimmte Rahmenbedingungen gegeben sind. Unverzichtbar ist dabei, daß die Wissenschaft ihre Unabhängigkeit und Distanz zur Politik bewahrt und der zunehmenden Gefahr widersteht, aufgrund finanzieller Abhängigkeiten selbst zu einem instrumentalisierten Teil des politischen Tagesgeschäftes zu werden (C. HILL). Vorteilhaft ist es zudem, wenn das politische System eines Landes offen ist für alternative außenpolitische Überlegungen. In den USA entsteht durch die institutionell eingebaute Rivalität zwischen Regierung und Kongreß ein »Markt« für Ideen und Konzeptionen. Der Wechsel von Personen aus dem akademischen Bereich in die Politik und vice versa gehört zur Normalität (WALLACE). In Großbritannien hat das Foreign Office dagegen die außenpolitische Kompetenz fast monopolisiert und sich recht erfolgreich allen äußeren Einflüssen entzogen (Z. STEINER und P. J. BECK). Ein Austausch von Personen und Gedanken findet daher kaum statt, und eine Persönlichkeit wie Henry Kissinger ist für das Foreign Office nahezu eine »exotische Figur« (CABLE). Dies hat seine Ursache auch in der Tendenz der britischen außenpolitischen Elite, pragmatisch und von Fall zu Fall auf außenpolitische Herausforderungen zu reagieren. Eine langfristig angelegte und intellektuell abgesicherte Planung außenpolitischer Aktionen ist daher CABLE zufolge im britischen Außenministerium kaum anzutreffen.